

sem Grund als nachteilig anzusehen habe. Mir scheint, daß nicht nur die Bedeutung dieses Faktors für gewöhnlich stark übertrieben wird, sondern er auch für Professor Galbraiths Hauptthese nicht wirklich relevant ist. Es könnte aber der Mühe wert sein, kurz zu fragen, was es überhaupt beweisen würde, wenn wir annehmen, daß irgendeine Ausgabe tatsächlich nur durch einen Wunsch, es den Nachbarn gleichzutun, bestimmt ist. Zumindest in Europa war uns früher ein Typus von Personen vertraut, die sich oft sogar ausreichende Nahrung versagten, um in ihrer Kleidung und ihrem Lebensstil den Schein der Wohlstandigkeit oder Vornehmheit zu wahren. Wir mögen das als fehlgeleitetes Bemühen ansehen, aber sicherlich würde es nicht beweisen, daß das Einkommen solcher Personen größer war, als sie sinnvoll auszugeben verstanden. Daß der Anschein des Erfolges oder des Reichtums manchen Leuten wichtiger erscheinen mag als viele andere Bedürfnisse, beweist keineswegs, daß die Bedürfnisse, die sie jenem zum Opfer bringen, unwichtig wären. Und wenn sich auch Leute oft zu unklugen Ausgaben überreden lassen, ist das sicherlich ebenso wenig ein Beweis dafür, daß sie nicht immer noch wichtige unbefriedigte Bedürfnisse hätten.

Professor Galbraiths Versuch eines klaren wissenschaftlichen Beweises für die Behauptung, daß die Notwendigkeit der Produktion weiterer Güter stark zurückgegangen ist, scheint mir völlig fehlgeschlagen. Mit ihm fällt auch die Behauptung, er habe ein stichhaltiges Argument zur Rechtfertigung der Anwendung von Zwang geliefert, der Leute dazu bewegen soll, ihr Einkommen für solche Zwecke zu verwenden, die er gutheißt. Es ist nicht zu leugnen, daß diese jüngste Version der alten sozialistischen Argumentation eine gewisse Originalität besitzt. Mehr als hundert Jahre lang wurden wir aufgefordert, uns zum Sozialismus zu bekehren, weil er uns mehr Güter geben würde. Nachdem er dort, wo er ausprobiert wurde, dabei so kläglich versagt hat, drängt man uns jetzt, ihn anzunehmen, weil eine größere Auswahl von Gütern schließlich nicht so wichtig sei. Das Ziel ist immer noch, den Anteil jener Mittel immer mehr zu vergrößern, über deren Verwendung durch staatliche Macht und durch Zwang gegen jede abweichende Minderheit entschieden wird. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Professor Galbraiths These mit größter Begeisterung von den Intellektuellen der britischen Labour Party aufgenommen wurde, wo sein Einfluß nun den des verstorbenen Lord Keynes abzulösen verspricht. Merkwürdiger ist, daß sie in diesem Land nicht als eindeutig sozialistische Behauptung erkannt wird und oft Leuten am entgegengesetzten Ende des politischen Spektrums zu gefallen scheint. Aber das ist wahrscheinlich nur ein weiteres Beispiel für die bekannte Tatsache, daß in diesen Fragen die Extreme sich häufig berühren.

### Wirtschaft, Wissenschaft und Politik\*

Die Übernahme neuer Verpflichtungen und der Eintritt in einen neuen Wirkungskreis sind für den akademischen Lehrer ein heilsamer Anlaß, über das Ziel seiner Bemühungen Rechenschaft zu geben. Dies gilt besonders, wenn er nach langen Lern- und Wanderjahren, die mehr der Forschung als dem Unterricht gewidmet waren, zum erstenmal an der Stelle spricht, an der er hoffen darf, während des Restes seiner aktiven Tätigkeit die Früchte dieser Erfahrungen weiterzugeben.

Ich weiß nicht, welchem glücklichen Stern ich es verdanke, daß zum drittenmal gerade im richtigen Augenblick *die* Fakultät mir die Ehre erwiesen hat, mich an eine Lehrkanzel zu berufen, die ich mir aussuchen würde, wenn man in solchen Dingen völlige freie Wahl hätte. Nicht nur ist für mich die Niederlassung an diesem Ort im Herzen Europas, gerade in der Mitte zwischen Wien und London, den Särten, denen ich meine geistige Ausbildung verdanke, und dazu noch in Vorderösterreich, nach einem Dutzend Jahren in der Neuen Welt so etwas wie eine Heimkehr – auch wenn meine Bekanntschaft mit Freiburg nur nach Tagen zählt. Ich weiß es auch besonders zu schätzen, meine künftige Lehrtätigkeit wieder im Rahmen einer juristischen Fakultät ausüben zu dürfen, der Atmosphäre, der ich meine eigene Ausbildung verdanke. Wenn man durch dreißig Jahre Studenten, die über keinerlei Kenntnisse des Rechts und insbesondere der Rechtsgeschichte verfügen, ein Verständnis der Wirtschaftsordnung beizubringen versucht hat, so drängt sich einem manchmal sogar die ketzerische Frage auf, ob die Trennung des Wirtschafts- vom rechtswissenschaftlichen Studium nicht vielleicht ein Fehler war. Persönlich, und obwohl von meiner Kenntnis des positiven Rechts nicht viel übriggeblieben ist, bin ich jedenfalls immer dankbar dafür gewesen, daß, als ich mein Studium begann, das Studium der Nationalökonomie nur als Teil des Rechtsstudiums möglich war.

Besonders muß ich aber der persönlichen Beziehungen zu Freiburger Kollegen gedenken, die mich schon seit Jahrzehnten mit dieser Universität verbin-

\* Antrittsvorlesung, gehalten am 18. Juni 1962 an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

den. Leider sind diese Bande durch den vorzeitigen Tod meiner Alters- und Überzeugungsgenossen zerrissen worden. Mit Adolf Lampe wie auch mit meinem Vorgänger auf dieser Lehrkanzel, Alfons Schmitt, den ich leider nie persönlich kennenlernte, verbanden mich lange gemeinsame Interessen, die gelegentlich zu brieflichem Gedankenaustausch führten. Mit Leonhard Miksch kam dazu noch gemeinsame Arbeit an dem Aufbau einer Wirtschaftsphilosophie für eine freie Gesellschaft. Weiters am wichtigsten für mich war aber meine langjährige Freundschaft, gegründet auf völlige Übereinstimmung in theoretischen wie in politischen Fragen, mit dem unvergesslichen Walter Eucken. Während der letzten vier Jahre seines Lebens war aus dieser Freundschaft eine enge Zusammenarbeit entstanden, und ich darf diese Gelegenheit vielleicht dazu benutzen, Ihnen zu erzählen, welch außerordentliches Ansehen Eucken sich in diesen Jahren in der Welt errungen hat.

Vor mehr als fünfzehn Jahren, nicht ganz zwei Jahre nach Ende des Krieges, hatte ich es auf mich genommen, eine Konferenz von Nationalökonomem, Juristen und Historikern, die leidenschaftlich an den Problemen der Erhaltung und Sicherung der persönlichen Freiheit interessiert waren, aus allen westlichen Ländern in die neutrale Schweiz einzuberufen. Es war damals nicht nur außerordentlich schwierig, einem Deutschen die Reise in die Schweiz zu ermöglichen, sondern auch das Problem eines ersten Zusammentreffens zwischen deutschen und französischen, englischen und amerikanischen Gelehrten war damals, so merkwürdig das auch fünfzehn Jahre später klingen mag, noch nicht ganz unbedenklich. Wir hatten gehofft, Franz Schnabel und Walter Eucken in die Schweiz zu bringen, waren aber schließlich nur bei Eucken erfolgreich, der so als einziger Deutscher an der Konferenz am Mont Pelerin teilnahm. Um so bedeutungsvoller war es, daß *der* große persönliche Erfolg der Konferenz wurde und seine moralische Statur auf alle Teilnehmer den tiefsten Eindruck machte. Er hat damals viel dazu beigetragen, den Glauben an das Bestehen freierheitlicher Denker in Deutschland wiederherzustellen, und er hat diesen Eindruck auf einer weiteren Konferenz und bei seinem Besuch in London im Jahre 1950, von dem er nicht mehr zurückkehren sollte, weiter verstärkt.

Sie wissen besser als ich, was Eucken in Deutschland geleistet hat. Und ich brauche Ihnen darum nicht weiter zu erklären, was es bedeutet, wenn ich heute hier sage, daß ich es als eine meiner vornehmsten Aufgaben betrachten werde, die Überlieferung aufzunehmen und fortzuführen, die Eucken und sein Kreis in Freiburg und in Deutschland geschaffen haben. Es ist eine Überlieferung höchster wissenschaftlicher Integrität und gleichzeitig entschiedener Stellungnahme zu den großen Fragen des öffentlichen Lebens. Wieweit und unter welchen Bedingungen sich diese beiden Aufgaben in der akademischen Tätigkeit des Nationalökonomem vereinen lassen, soll das Hauptthema meiner weiteren Erörterungen sein.

Obwohl zumindest die erste Hälfte meiner wissenschaftlichen Laufbahn ganz der reinen Theorie gewidmet war und gerade, weil ich seither in viele andere außerhalb der Nationalökonomie liegende Gebiete abgeschweift bin, heiße ich es willkommen, daß meine Lehrtätigkeit sich in Zukunft zum großen Teil auf die Wirtschaftspolitik erstrecken soll. Aber ich fühle auch besonders das Bedürfnis, noch bevor ich die regelmäßige Lehrtätigkeit aufnehme, öffentlich und deutlich zu erklären, was mir die Ziele und die Grenzen des Beitrages der Wissenschaft wie auch die Aufgaben des akademischen Unterrichts auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu sein scheinen.

Dabei will ich mich nicht zu lange bei der vieldiskutierten Frage aufhalten, die hier zuerst auftaucht und die ich nicht ganz übergehen kann, auch wenn ich nichts Neues dazu zu sagen habe: die Rolle der Werturteile in den Sozialwissenschaften überhaupt und in der Diskussion von Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik insbesondere. Max Weber hat darüber vor bald fünfzig Jahren das Wesentliche gesagt, und wenn man seine sorgfältigen Formulierungen wieder liest, so ist ihnen nicht viel hinzuzufügen. Die Wirkung seiner Philippica ist wohl manchmal zu weit gegangen. Aber wir dürfen uns nicht wundern, daß er in einer Zeit, in der die Nationalökonomie in Deutschland zu einer Lehre von der Sozialreform auszuarten drohte und es eine »ethische Nationalökonomie« gab, seine Argumentation in einer Weise zuspitzte, die auch mißverstanden werden kann. Das hat leider oft zu einer Angst vor dem Aussprechen von Werturteilen, ja zu einer Vermeidung gerade der wichtigsten Probleme geführt, mit denen sich der Nationalökonom auch am Katheder offen auseinandersetzen sollte.

Die allgemeinen Prinzipien, denen wir hier zu folgen haben, sind wirklich sehr einfach, so schwierig auch oft ihre Anwendung im besonderen Fall sein mag. Selbstverständlich ist es eine elementare Pflicht intellektueller Redlichkeit, klar zwischen den Ursachenzusammenhängen, über die die Wissenschaft etwas zu sagen hat, und der Wünschenswertheit der Ergebnisse zu unterscheiden. Selbstverständlich hat die Wissenschaft als solche über den relevanten Wert der letzten Ziele nichts zu sagen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß schon die Wahl unserer Probleme Wertsetzungen in sich schließt und darum die reinliche Scheidung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Wertung nicht durch Vermeidung aller Wertungen, sondern nur durch klare Herausstellung der für die Entscheidung maßgebenden Werte zu erreichen ist. Nicht weniger unbestreitbar scheint mir zu sein, daß der akademische Lehrer hier auch nicht Neutralität oder Indifferenz vorspiegeln soll, sondern seinen Hörern die Erkenntnis der Abhängigkeit mancher seiner Schlußfolgerungen von Werturteilen dadurch erleichtern soll, daß er auch seine persönlichen Ideale als solche offen darlegt.

Es scheint mir heute, als ob wir uns in meiner eigenen Studienzeit und noch einige Zeit nachher unter dem Einfluß der machtvollen Persönlichkeit Max

Webers in dieser Beziehung zu sehr zurückgehalten hätten. Als ich vor mehr als dreißig Jahren in London, etwas über ein Jahr nach Antritt des Lehrstuhls, meine erste Antrittsvorlesung hielt und diese dazu benutzte, meine allgemeine wirtschaftsphilosophische Einstellung klarzulegen, bereitete es mir noch eine gewisse Genugnung zu erkennen, daß meine Hörer sowohl überrascht wie enttäuscht waren zu erfahren, daß ich ihre vorwiegend sozialistischen Auffassungen nicht teilte. Meine Vorlesungen hatten sich wohl bis dahin auf Fragen der reinen Theorie beschränkt, und ich hatte keinen Anlaß gehabt, mich ausdrücklich mit politischen Fragen zu befassen. Aber ich frage mich heute manchmal, ob ich, statt stolz auf meine Unparteilichkeit zu sein, nicht eigentlich ein schlechtes Gewissen hätte haben sollen, daß ich die Voraussetzungen, die mich gewiß zumindest in der Wahl meiner Probleme geleitet hatten, so erfolgreich verborgen hatte.

Es war zum Teil dieses Erlebnis, das mich wünschen machte, diesmal die Antrittsvorlesung auch wirklich zur ersten Vorlesung zu machen und in ihr einige Dinge auszusprechen, die in der Erörterung aller Sonderfragen vorausgesetzt werden müssen.

Zur Frage der Rolle der Werturteile und der Stellungnahme zu politisch umstrittenen Fragen im Unterricht möchte ich nur noch zwei Bemerkungen anfügen. Die eine ist, daß Max Weber selbst, wenn er zwanzig Jahre länger gelebt hätte, wohl seine Betonung etwas geändert hätte. Wenn er zu seiner Zeit intellektuelle Redlichkeit die einzige Tugend nannte, die der akademische Lehrer zu fördern hätte, so konnte es damals noch scheinen, als ob dies mit Politik nicht das mindeste zu tun hätte. Wir wissen heute, daß es politische Systeme gibt, die diese intellektuelle Redlichkeit, die die Grundbedingung echter Wissenschaft ist, sehr schwierig machen. Gewiß ist es möglich, auch unter den schwierigsten Umständen seine intellektuelle Redlichkeit zu bewahren. Aber wir sind nicht alle Helden, und wenn wir die Wissenschaft hochschätzen, müssen wir auch eine gesellschaftliche Ordnung befürworten, die solche intellektuelle Redlichkeit leicht macht. Es scheint mir hier wirklich ein enger Zusammenhang zwischen den Idealen der Wissenschaft und den Idealen der persönlichen Freiheit zu bestehen.

Der zweite Punkt ist, daß es mir geradezu als eine Pflicht des Sozialwissenschaftlers erscheint, nachdrücklich gewisse Fragen zu stellen, deren bloßes Aufwerfen schon als politische Stellungnahme erscheinen muß. Ein Beispiel wird hinreichen, um das deutlich zu machen. Es genügt wahrscheinlich, um jemanden in weiten Kreisen als Gegner der Arbeiterschaft zu brandmarken, wenn er auch nur die Frage aufwirft, ob wirklich, wie allgemein angenommen wird, als Folge der Lohnpolitik der Gewerkschaften die Reallohne der Arbeiterschaft im ganzen höher sind, als sie es sonst wären. Tatsächlich besteht nicht nur guter Grund, dies zu bezweifeln, sondern große Wahrscheinlichkeit, daß

die Wirkung die gegenteilige ist und als notwendige Folge der Lohnpolitik der Gewerkschaften der Reallohn – oder zumindest das Realeinkommen der gesamten Arbeiterschaft – niedriger ist, als es ohne jene Politik wäre.

Die Überlegungen, die zu diesem vielleicht zunächst paradox scheinenden und gewiß nicht allgemein verstandenen Ergebnis führen, sind im Grunde sehr einfach und beruhen auf kaum besprochenen theoretischen Sätzen. Die Macht einer einzelnen Gewerkschaft, die Löhne ihrer Mitglieder hinaufzudrücken, das heißt, sie höher zu gestalten, als sie ohne diese Tätigkeit der Gewerkschaften wären, beruht ausschließlich auf ihrer Fähigkeit, den Zuzug von Arbeitern fernzuhalten, die bereit wären, zu geringen Löhnen zu arbeiten. Das muß zur Folge haben, daß letztere entweder anderswo zu geringeren Löhnen arbeiten müssen oder ganz beschäftigungslos bleiben. Tatsächlich ist es im allgemeinen so, daß die Gewerkschaften in den prosperierenden und sich schnell entwickelnden Industrien stark und in den weniger produktiven oder absteigenden Industrien schwach sind. Das heißt also, daß ihre Macht, die Löhne ihrer Mitglieder zu steigern, darauf beruht, daß sie die Bewegung der Arbeiter von den Beschäftigungszweigen, in denen die Grenzproduktivität der Arbeit gering ist, zu denen, wo sie hoch ist, unterbinden. Das muß aber die Grenzproduktivität der Arbeit und damit das Reallohniveau im ganzen tiefer halten, als es sonst wäre.

Wenn wir dabei nur von Wahrscheinlichkeit und nicht von Gewißheit sprechen können, so ist es nur deshalb, weil wir nicht ausschließen können, daß der Gewinn des Teils der Arbeiterschaft, deren Lohn über das Niveau hinaufgedrückt wird, das auf einem freien Markt bestünde, größer sein könnte, als der Verlust derer, deren Löhne geringer sein werden, als sie es wären, wenn sie Zutritt zu den prosperierenden Industrien hätten. Die tatsächlich höheren Löhne einer Gruppe werden so gewiß um den Preis größerer Ungleichheit und wahrscheinlich auch um den Preis eines geringeren Realinkommens der Arbeiterschaft im Ganzen erkaufte.

Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß alle diese Überlegungen nur für die Reallohne und nicht für die Geldlohne gelten und die Tatsache, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu einer allgemeinen Steigerung der Geldlohne – und zur Inflation – führen kann, natürlich die Erklärung ist, warum die Illusion fortbesteht, daß dank der Gewerkschaften die Löhne höher sind, als sie es ohne jene wären.

Sie werden bemerken, daß die Beantwortung dieser Frage, sosehr sie auch geeignet sein mag, stärkste politische Stellungnahme hervorzurufen, mit Werturteilen nichts zu tun hat. Die Antwort, die ich angedeutet habe, mag richtig oder falsch sein – und ganz so einfach, wie ich sie in wenigen Worten skizzierte, ist sie gewiß nicht –, aber ihre Richtigkeit hängt ausschließlich von der Richtigkeit der Theorie und vielleicht den spezifischen Tatsachen ab, auf die wir sie

im besonderen Fall anzuwenden haben, und nicht von unseren Ansichten über Wünschenswertheit oder Verwertlichkeit des Zieles, das wir verfolgen. Das ist glücklicherweise bei einem sehr großen Teil der umstrittenen Probleme der Wirtschaftspolitik – ich glaube, dem allergrößten Teil – der Fall. Aber selbst, wo es sich zunächst um unüberbrückbare Gegensätze moralischer Wertung zu handeln scheint, erweist sich meist, daß, wenn sich die streitenden Parteien wirklich über die Alternativen einigen können, zwischen denen wir zu wählen haben, ihre Differenzen so ziemlich verschwinden.

Lassen Sie mich das an dem Zentralproblem, das heute noch den Sozialisten von dem Befürworter einer freien Welt trennt, etwas ausführlicher erörtern. Ich sage »heute noch«, denn ein Argument, das erstmals ernstlich zugunsten des Sozialismus angeführt werden konnte, ist wohl als Ergebnis der wissenschaftlichen Diskussion ziemlich allgemein fallengelassen worden. Ich meine die Behauptung, daß eine zentralgeleitete Wirtschaft sich als produktiver erweisen würde. Ich werde später, in einem anderen Zusammenhang, auf diese Frage zurückkommen und erwähne sie zunächst nur, um zu sagen, daß, auch wenn die Falschheit dieses Glaubens zugestanden wird, damit allein die Argumente des Sozialismus nicht erledigt sind. Denn ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger als eine allgemeine bessere Versorgung mit Gütern ist für die meisten Sozialisten eine bessere Verteilung derer, die wir haben. Und es wäre durchaus konsequent, wenn auch vielleicht nicht sehr zugkräftig, wenn der von ethischen Motiven geleitete Sozialist sagen würde, daß selbst eine beträchtliche Verringerung des Realeinkommens kein zu hoher Preis für eine gerechtere Verteilung dieses Einkommens wäre.

Daß das Gerechtigkeitsideal, das den Sozialisten leitet, nur in einer zentral-gelenkten Wirtschaft verwirklicht werden könnte, muß auch der Anhänger einer freien Wirtschaft zugestehen. Die Frage ist nur, ob der Sozialist wirklich *alle* Folgen, die die Verwirklichung seines Gerechtigkeitsideals nach sich ziehen würde und von denen die Verringerung der materiellen Produktivität nicht als die wichtigste erscheinen mag, in Kauf zu nehmen bereit ist. Wäre er das, so bliebe nichts übrig, als eine Differenz der letzten Werte festzustellen, die keine rationale Diskussion zu überbrücken vermag.

Das scheint mir jedoch keineswegs der Fall zu sein, und eine etwas eingehendere Analyse der verschiedenen, aber meist unklaren Vorstellungen, die die streitenden Parteien mit dem Ausdruck »soziale Gerechtigkeit« verbinden, zeigt das bald. In der seit Aristoteles üblichen Terminologie kann dieser Unterschied so ausgedrückt werden, daß eine freie Wirtschaft immer nur kommunikative Gerechtigkeit erzielen kann, während der Sozialismus – und in weitem Maß die populäre Vorstellung von wirtschaftlicher Gerechtigkeit – distributive Gerechtigkeit verlangt. Kommunikative Gerechtigkeit bedeutet hier eine Entlohnung nach dem Wert, den unsere Leistungen tatsächlich für unsere Mitmen-

schen haben und der sich in dem Preis ausdrückt, den andere für diese Leistungen zu zahlen bereit sind. Dieser Wert hat, wie wir zugestehen müssen, keinen notwendigen Zusammenhang mit moralischem Verdienst. Er ist der gleiche, ob nun eine bestimmte Leistung bei einem Menschen das Ergebnis von großer Mühe und schweren Opfern war oder von einem anderen mit spielender Leichtigkeit oder sogar zum Vergnügen vollbracht wurde, oder ob der eine das Erforderliche durch kluge Voraussicht oder durch reinen Zufall im richtigen Augenblick zu bieten hatte. Kommunikative Gerechtigkeit nimmt keinerlei Rücksicht auf persönliche oder subjektive Umstände, auf Bedürfnis oder gute Absicht, sondern allein darauf, wie das Ergebnis der Tätigkeit eines Menschen tatsächlich von denen, die davon Gebrauch machen, gewertet wird.

Das Resultat einer solchen Belohnung nach dem Wert des Ergebnisses erscheint vom Standpunkt einer distributiven Gerechtigkeit oft höchst ungerrecht. Es entspricht selten dem, was wir als das subjektive Verdienst einer Leistung betrachten. Daß der Spekulant, der nur zufällig richtig gewählt hat, in wenigen Stunden ein Vermögen erwirbt, während die vielleicht lebenslange Arbeit eines Erfinders, dem ein anderer um Tage zuvorgekommen ist, unbelohnt bleibt, oder daß die schwere Arbeit des an seiner Scholle hängenden Bauern ihm nur gerade hilft, zur Not sein Leben zu fristen, während ein anderer, der zu seinem Vergnügen Detektivgeschichten schreibt, damit einen luxuriösen Aufwand bestreiten kann, erscheint uns allen ungerrecht. Ich kann die Unzufriedenheit, die solche täglichen Beobachtungen hervorrufen, voll verstehen und ehre das Gefühl, das nach distributiver Gerechtigkeit ruft. Wenn es sich nur darum handeln würde, ob das Schicksal oder der liebe Gott die Menschen nach den Prinzipien der kommunikativen oder der distributiven Gerechtigkeit belohnen soll, würden wir wohl meist das letztere wählen.

Leider ist das nur ein Teil der Geschichte. Zunächst können wir nicht annehmen, daß die einzelnen Menschen dasselbe tun würden, das sie heute tun, wenn das System der Entlohnung ein ganz anderes wäre. Und wir können sie tatsächlich nur deshalb selbst entscheiden lassen, was sie tun wollen, weil sie das Risiko ihrer Wahl tragen und wir sie nicht nach ihren Bemühungen und der Ehrlichkeit ihrer Absichten, sondern nur nach dem Wert des Ergebnisses ihrer Tätigkeit belohnen. Freie Berufswahl oder freie Entscheidung jedes einzelnen, was er produzieren oder sonst an Leistungen vollbringen will, ist mit distributiver Gerechtigkeit unvereinbar. Distributive Gerechtigkeit ist Gerechtigkeit, die danach entlohnt, wie gut der einzelne Pflichten erfüllt, die ihm nach Ansicht der anderen obliegen. Sie ist die Art Gerechtigkeit, die innerhalb einer militärischen oder bürokratischen Organisation obwalten kann und vielleicht obwalten muß, wo jeder beurteilt wird, wieweit er in den besonderen Umständen nach der Ansicht seiner Vorgesetzten die ihm gesetzten Aufgaben erfüllt hat, und sie kann sich nur so weit erstrecken, als Menschen unter den gleichen Ob-

rigkeiten den gleichen Zielen dienen. Es ist die Gerechtigkeit einer Kommando-Gesellschaft oder -Wirtschaft. Sie ist unvereinbar mit persönlicher Entscheidung des einzelnen, was er jeweils tun will.

Sie ist aber nicht nur mit Freiheit des Handelns, sondern auch mit Freiheit der Ansichten unvereinbar: sie verlangt, daß alle Mitglieder einer einheitlichen Hierarchie der Werte dienstbar gemacht werden. Wir stimmen tatsächlich weder darüber überein, was größeres oder kleineres Verdienst darstellt, noch sind die Umstände, auf die wir unser Urteil gründen, objektiv feststellbar: Verdienst ist seiner Natur nach etwas Subjektives und beruht in hohem Maße auf Umständen, die nur der Handelnde kennen kann und deren Wichtigkeit verschiedene Personen ganz verschieden einschätzen würden. Ist es ein größeres Verdienst, wenn einer eine persönliche Abscheu überwindet, als wenn ein anderer trotz Schmerzen, physischer Schwäche oder Krankheit eine Leistung vollbringt? Ist es eine größere Leistung, das eigene Leben zu riskieren oder unseren Ruf zu schädigen? Wir mögen individuell noch so unterschiedene Ansichten über die Frage haben, aber es besteht offenbar wenig Wahrscheinlichkeit, daß wir alle übereinstimmen werden, und offenbar keine Möglichkeit, anderen zu beweisen, daß wir recht haben. Das heißt aber, daß ein Versuch, Menschen nach subjektivem Verdienst zu entlohnen, immer bedeuten muß, daß die Ansicht einiger weniger darüber, was ein solches Verdienst darstellt, für das Handeln aller verbindlich sein muß. Distributive Gerechtigkeit verlangt so nicht nur persönliche Unfreiheit, sondern auch die allgemeine Durchsetzung seiner unbestrittenen Hierarchie der Werte, das heißt, ein im strengsten Sinne des Wortes totalitäres Regime.

Ob diese Schlußfolgerungen richtig sind, ist wieder eine Frage, über die sich lange diskutieren ließe. Für meinen augenblicklichen Zweck handelt es sich aber nur darum, daß es sich dabei nur um Probleme von Ursache und Wirkung und nicht um Wertungen handelt. Erst wenn wir uns einig sind, was alle Folgen der Verwirklichung der beiden verschiedenen Formen der Gerechtigkeit sind, muß die endgültige Entscheidung von Wertungen bestimmt werden. Ich glaube tatsächlich, daß kaum jemand, der eingesehen hat oder zugeht, daß distributive Gerechtigkeit allgemein nur in einem System der Unfreiheit und persönlichen Willkür verwirklicht werden kann, diesen Konflikt der Werte zugunsten der distributiven Gerechtigkeit entscheiden wird. Es gibt natürlich genug Menschen, denen diese Argumentation nicht zwingend scheint, und mit ihnen ist Diskussion fruchtbar. Aber wenn jemand sagt, daß er alles dies einsähe und trotzdem distributive Gerechtigkeit mit Unfreiheit und unbeschränkter Autorität einiger weniger einem System der Freiheit mit bloß kommunikativer Gerechtigkeit, die für ihn höchste Ungerechtigkeit darstellt, vorzieht, dann hat die Wissenschaft allerdings nichts mehr zu sagen.

Wenn wir einmal die Folgen alternativer Entscheidungen herausgearbeitet

haben, klinge es in vielen Fällen nicht nur höchst pedantisch, sondern fast wie ein Hohn, dann noch hinzuzufügen, daß es nun dem Zuhörer oder Leser anheimsteht zu wählen. Schon bei dem ersten großen theoretischen Denker unseres Faches, Richard Cantillon, der vor mehr als zweihundert Jahren diese Unterscheidung scharf gezogen hat, ist es schwer, das Gefühl zu unterdrücken, daß er sich ein wenig über den Leser lustig macht, wenn er zum Beispiel seine Diskussion der Bevölkerungsprobleme damit abbricht, daß es nicht Aufgabe der Wissenschaft sei zu entscheiden, ob es besser sei, eine zahlreiche, aber arme oder eine kleine, aber reiche Bevölkerung zu haben. Doch ich glaube, wir dürfen vor dieser Pedanterie, die der Betroffene oft als *reductio ad absurdum* empfand, nicht zurückschrecken, auch wenn sie eine Methode des Argumentierens ist, die uns nicht gerade beliebt macht.

Ich muß mich aber jetzt anderen sowohl weniger bekannten, als auch meiner Ansicht nach noch wichtigeren Grenzen zuwenden, die der wissenschaftlichen Begründung zumindest politischer Einzelmaßnahmen gezogen sind. Es handelt sich hier um grundsätzliche Schwierigkeiten, die einer vollständigen Erklärung von hochgradig komplexen Erscheinungen entgegenstehen, und nicht etwa um Folgen einer noch unzureichenden Entwicklung der national-ökonomischen Theorie. Obwohl es natürlich noch genug offene Probleme dieser Theorie gibt, können wir, glaube ich, mit ihrem Stande recht zufrieden sein. Es scheint mir, als ob die Schwierigkeiten anderswo als bei der Theorie lägen und in mancher Hinsicht der theoretische Apparat in den letzten Jahrzehnten bis zu einem Punkt verfeinert worden wäre, wo wir ihn tatsächlich nicht mehr anwenden können.

Ich nehme an, daß ich es nicht zu rechtfertigen brauche, wenn ich als Wissenschaft im engeren Sinne nur theoretische Einsicht betrachte. Kennnis von Tatsachen ist nicht Wissenschaft und setzt uns vor allem nicht in die Lage, den Gang der Dinge zu beherrschen oder zu beeinflussen. Aber selbst theoretische Einsicht, auch wo sie uns ein weitgehendes Verständnis für die Natur der Vorgänge gibt, macht es nicht immer möglich, diese im einzelnen vorauszusagen oder nach Wunsch zu gestalten, wenn wir nicht *nach* alle die besonderen Umstände kennen, die als Daten in unsere theoretischen Formeln einzusetzen sind. Hier ist es, daß die völlige Erklärung oder Beherrschung aller komplexen Phänomene ihren ernstesten Schwierigkeiten begegnet. Es scheint mir, als ob in dieser Beziehung die Nationalökonomie manchmal gestündigt und den Eindruck hervorgerufen hätten, als ob die fortgeschrittenen theoretische Einsicht ihnen auch die Grundlage böte, im konkreten Fall die besonderen Folgen bestimmter Ereignisse oder Maßnahmen vorauszusagen.

Die Schwierigkeit, von der ich sprechen will, besteht nicht nur in der Nationalökonomie, sondern überall, wo wir es mit Vorgängen zu tun haben, für die das Bestehen hochgradig komplexer Strukturen Voraussetzung ist. Sie be-

stret genauso in der theoretischen Biologie und der Psychologie wie in den ganzen Sozialwissenschaften, und es steht darum dafür, sie etwas eingehender zu betrachten, insbesondere, da das Vorbild der physikalischen Wissenschaften hier zu falschen Vorstellungen geführt hat.

Alle Theorie besteht in der Darstellung abstrakter oder schematischer Ordnung – dessen, was man auf englisch mit einem nicht ganz übersetzbaren Ausdruck ein »pattern« nennt. Die für gewisse Erscheinungen charakteristischen Ordnungen können nun relativ einfach oder relativ kompliziert sein, womit wir im wesentlichen meinen, daß das charakteristische Prinzip, das den Vorgängen ihre Eigenart gibt, sich an Modellen darstellen läßt, die aus verhältnismäßig wenigen oder nur an solchen, die aus verhältnismäßig vielen Elementen bestehen. In diesem Sinne sind die physikalischen Erscheinungen verhältnismäßig einfach – oder richtiger gesagt, nennen wir physikalisch jene Vorgänge, deren Prinzip an verhältnismäßig einfachen Modellen dargestellt werden kann. Das soll natürlich nicht heißen, daß sich im besonderen Fall aus diesen einfachen Zusammenhängen nicht ungeheuer komplexe Strukturen aufbauen lassen. Aber bloße Vervielfachung der Elemente schafft nicht notwendig etwas Neues, wenn es auch der Anwendung der Theorie im besonderen Falle große Schwierigkeiten machen mag.

Weil hier die theoretischen Formeln (die Beschreibung der Art von Ordnung oder des allgemeinen »pattern«) verhältnismäßig einfach sind, ist es in der Regel auch möglich, in sie alle die konkreten Daten einzusetzen, die bekannt sein müssen, um konkrete Einzelvorhersagen zu machen. Für den Physiker und Chemiker ist die Theorie, die allgemeine Beschreibung der Ordnung, daher in der Regel nur ein Mittel, das nur insofern interessant ist, als er durch Einsetzen konkreter Daten aus ihr spezifische Voraussagen von Einzelereignissen ableiten kann. Wenn er auch seine praktischen Schwierigkeiten bei Anwendung der Theorie hat, so nimmt er doch im allgemeinen an, daß er die konkreten Daten, die er in seine mathematischen Formeln einsetzen muß, bis zu jedem praktischen erforderlichen Grade der Genauigkeit ermitteln kann, um die zu erwartenden Ergebnisse zu präzisieren. Es scheint ihm meist unverständlich, daß etwa der Nationalökonom seine Zeit darauf verwendet, den physikalischen äußerlich ähnliche Theorien zum Beispiel in der Form von Gleichungssystemen auszuarbeiten, obwohl dieser zugibt, daß er die Daten, die er in diese Gleichungen einsetzen müßte, um sie zu lösen, nie feststellen kann.

Nun ist es aber gar nicht selbstverständlich, daß die Voraussage (oder die Erklärung des Auftretens) einer Ordnung bestimmter Art nur dann von Nützen oder Interesse ist, wenn wir auch ihre besonderen Manifestationen erklären können. Bei relativ einfachen Ordnungen ist freilich der Unterschied zwischen ihrem allgemeinen Charakter und ihrer besonderen Manifestation relativ uninteressant. Aber je komplexer die Ordnung wird, je mehr Ordnungsprinzipien

einander überlagern, desto wichtiger wird diese Unterscheidung. Die bloße Voraussage, daß wir eine bestimmte Anordnung von Elementen finden werden, ist oft eine interessante und vor allem wiederlegbare und daher empirische Voraussage, auch wenn wir wenig über die besonderen Eigenschaften der Elemente, ihre Maße oder Entfernungen, aussagen können. Auch in den physikalischen Wissenschaften gibt es zahlreiche Beispiele, in denen unsere Kenntnisse uns nur die Voraussage einer allgemeinen Anordnung erlauben. Der Mineraloge zum Beispiel, der weiß, daß eine bestimmte Substanz hexagonale Kristalle bildet, wird meist die Größe der Kristalle nicht bestimmen können. Was aber in den physikalischen Wissenschaften eher eine Ausnahme ist, ist in den Wissenschaften von den »höher organisierten« Strukturen die Regel. Wir wissen genug, um den allgemeinen Charakter der Ordnung zu bestimmen, die sich bilden wird. Ja unsere Theorie mag sogar ausreichen, die besonderen Ergebnisse abzuleiten, die sich einstellen müssen, wenn wir alle die besonderen Umstände als bekannt voraussetzen, die sie bestimmen. Die Schwierigkeit ist »nur«, daß diese besonderen Umstände so zahlreich sind, daß wir sie tatsächlich nie alle feststellen können!

Das gilt, glaube ich, für einen Großteil der theoretischen Biologie, insbesondere für die Entwicklungstheorie, und gewiß für die theoretischen Sozialwissenschaften. Eines der besten Beispiele sind die Gleichungssysteme der mathematischen Preistheorie. Sie zeigen in eindrucksvoller und wohl im ganzen richtiger Weise, wie das gesamte System der Preise von Gütern und Leistungen von den Wünschen, Mitteln und Kenntnissen aller Einzelpersonen und Unternehmungen bestimmt wird. Aber wie die Begründer dieser Form der Theorie sehr genau wußten und unzweideutig aussprachen, der Zweck dieser Gleichung ist *nicht*, eine numerische Bestimmung der Preise zu ermöglichen, da es ja, wie Pareto sagte, »absurd« wäre anzunehmen, daß wir die erforderlichen Daten je alle feststellen könnten. Der Zweck ist ausschließlich, die Natur oder den allgemeinen Charakter der Ordnung zu beschreiben, die sich bilden wird. Da diese Ordnung das Bestehen gewisser Beziehungen zwischen den Elementen voraussetzt und sich das Bestehen oder Nichtbestehen dieser einzelnen Beziehungen feststellen läßt, ist die Voraussage dieser Ordnung auch widerlegbar und daher empirisch kontrollierbar. Aber wir können nur den allgemeinen Charakter der Ordnung und nicht ihre Details voraussagen. Soweit mir bekannt ist, ist es auch noch keinem Nationalökonom gelungen, sein Verständnis der Preistheorie dazu zu benutzen, durch Voraussicht künftiger Preise ein Vermögen zu erwerben. (Das gilt selbst für Lord Keynes, der manchmal als Gegenbeispiel angeführt wird. Denn solange er auf dem Gebiet spekulierete, auf dem ihm vielleicht seine theoretischen Kenntnisse hätten helfen können, nämlich in fremden Devisen, verlor er mehr, als er hatte; und erst, als er sich später der Warenspekulation zuwendete und zugegebenermaßen von seinem natio-

nalökonomischen Wissen keinen Gebrauch mehr machte, gelang es ihm, ein ansehnliches Vermögen zu erwerben.)

Daß uns die Theorie nicht in die Lage versetzt, einzelne Preise und dergleichen voranzusagen, sagt nichts gegen die Gültigkeit der Theorie. Es bedeutet nur, daß wir nie alle die besonderen Umstände feststellen können, von denen gerade nach jener Theorie die einzelnen Preise abhängen. Diese Umstände sind vor allem die Bedürfnisse und die Kenntnisse aller am Wirtschaftsprozess teilnehmenden Personen. Daß wir nie wissen können, was alle die Personen wissen, deren Kenntnisse in den Preisbestimmungsprozess und damit in die Bestimmung der Methoden und Richtung der Produktion eingehen, ist nicht nur theoretisch von großer Bedeutung. Es ist auch eine Erkenntnis von größter praktischer Bedeutung. Daß in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leister als irgendeine andere Wirtschaftsform.

Bevor ich diesen Gegenstand weiter verfolge, möchte ich nebenbei darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach die moderne Entwicklung einer sogenannten Makrotheorie zum großen Teil dem Mißverständnis zuzuschreiben ist, daß eine Theorie nur dann von Wert sein könne, wenn sie es ermöglicht, bestimmte einzelne Ereignisse voranzusagen. Da es klar war, daß all die einzelnen Daten, die zu einer solchen Anwendung der jetzt Mikrotheorie genannten alten Theorie erforderlich wären, nie festgestellt werden können, versuchte man, diese Schwierigkeiten dadurch zu umgehen, daß man die Theorie so umformte, daß als Daten in sie nicht mehr Information über Einzelpersonen, sondern statistische Größen, Summen oder Durchschnittsmaße, eingesetzt werden können. Mir scheinen diese Versuche größtenteils verfehlt. Wir verlieren mit ihnen nur die Einsicht in die wirkliche Struktur der menschlichen Beziehungen, und da die statistischen Größen uns nur über die Vergangenheit unterrichten und keinerlei Berechtigung bestreht anzunehmen, daß sie konstant bleiben, erreichen wir das Ziel der Voraussage doch nicht. Abgesehen vielleicht von gewissen Problemen der engeren Geldtheorie, scheinen mir diese Bemühungen wenig zu versprechen. Gewiß bieten sie uns keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten, die ich besprochen habe, denn konkrete Preise oder Produktionsmengen werden nun einmal nicht von Durchschnittsgrößen, sondern von allen konkreten Umständen bestimmt, deren Kenntnis unter Hunderttausenden oder Millionen Menschen verteilt ist.

Das Hauptergebnis der Theorie der Marktwirtschaft ist also, daß unter allgemeinen Bedingungen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, der Wettbewerb eine Anpassung an zahllose Umstände bewirkt, die in ihrer Gesamtheit keiner Person oder Behörde bekannt sind oder bekannt sein können, und daß daher diese Anpassung nie durch zentrale Lenkung der Wirtschaft hervorge-

bracht werden kann. Daraus folgt in erster Linie, daß entgegen einer weitverbreiteten Meinung die Wirtschaftstheorie sehr viel über die Zweckmäßigkeit verschiedener Wirtschaftssysteme oder Wirtschaftsordnungen zu sagen hat, also gerade über jene Fragen, vor deren Behandlung der Gelehrte oft zurückschreckt, weil sie mit gegensätzlichen Weltanschauungen verbunden sind, aber verhältnismäßig wenig über die konkreten Wirkungen besonderer Maßnahmen in gegebenen Umständen. Wir kennen den allgemeinen Charakter der selbstregulierenden Kräfte der Wirtschaft und die allgemeinen Bedingungen, unter denen diese Kräfte funktionieren oder nicht funktionieren werden, aber wir kennen nie all die besonderen Umstände, an die sie eine Anpassung herbeiführen. Das ist unmöglich infolge der allgemeinen Interdependenz aller Wirtschaftsvorgänge, das heißt infolge des Umstandes, daß wir, um an irgendeiner Stelle erfolgreich einzugreifen, alle Details der gesamten Wirtschaft – nicht nur unseres Landes, sondern der ganzen Welt – überblicken müssen.

Insofern wir uns überhaupt der Marktwirtschaft bedienen wollen – und darüber, daß wir das tun müssen, wenn wir unseren Lebensstandard auch nur annähernd erhalten wollen, kann wohl kein Zweifel bestehen – muß die Wirtschaftspolitik sich zweckmäßigerweise darauf beschränken, die Bedingungen zu schaffen, unter denen sie so gut wie möglich funktionieren wird, darf aber nicht ihre Aufgabe darin sehen, die einzelnen Tätigkeiten bewußt zu beeinflussen oder zu lenken. Die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik ist daher, ein Rahmenwerk zu schaffen, innerhalb dessen der einzelne nicht nur frei entscheiden kann, sondern seine auf Ausnützung seiner persönlichen Kenntnisse gegründete Entscheidung soviel wie möglich zum Gesamterfolg beitragen wird. Und die Beurteilung jeder einzelnen Maßnahme wird nicht so sehr von ihren besonderen Folgen abhängen, die wir meist gar nicht überblicken können, sondern davon, ob sie – um einen, ich glaube, von Eucken eingeführten Ausdruck zu verwenden – »systemgerecht« ist.

Das bedeutet auch, daß wir oft allgemein auf Grund von Annahmen handeln müssen, die zwar in der Regel, aber nicht immer zutreffen: zum Beispiel wurden alle Ausnahmen von der Regel, daß freier internationaler Handel bei den Teilen Vorteil bringt, von überzeugten Freihändlern entdeckt; doch hinderte sie dies nicht, konsequente Freihändler zu bleiben, weil sie gleichzeitig erkannten, daß es kaum je möglich ist, das Bestehen jener ungewöhnlichen Umstände festzustellen, die eine Ausnahme rechtfertigen würden. Vielleicht noch bemerkenswerter ist der Fall des vor wenigen Jahren verstorbenen englischen Ökonomen A. C. Pigou, des eigentlichen Begründers der Theorie der Wohlfahrtsökonomie; am Ende eines langen Lebens, das fast ausschließlich der Aufgabe gewidmet war, die Umstände herauszuarbeiten, unter denen Staatseingriffe die Ergebnisse des Marktes verbessern könnten, mußte er zugeben, daß der Wert dieser theoretischen Überlegungen zweifelhaft sei, da wir nur selten fest-

stellen können, ob die besonderen von der Theorie angenommenen Umstände auch wirklich vorliegen. Nicht, weil er so viel weiß, sondern weil er weiß, wieviel er wissen müßte, um erfolgreiche Eingriffe durchzuführen, und weil er weiß, daß er alle diese relevanten Umstände nie kennen kann, sollte sich der Nationalökonom zurückhalten, einzelne Eingriffe selbst dort zu empfehlen, wo die Theorie zeigt, daß sie manchmal wohltätig sein könnten.

Die Erkenntnis dieser Beschränkung unseres Wissens ist wichtig, wenn wir nicht die Verantwortung auf uns nehmen wollen, Maßnahmen zu unterstützen, die tatsächlich mehr schaden als nützen. Die Folge, die wir aus dieser Einsicht ziehen sollten, ist, daß wir uns in der Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen nur von ihrem allgemeinen Charakter und nicht von ihrer besonderen Wirkung auf bestimmte Personen oder Gruppen leiten lassen sollen. Daß eine bestimmte Maßnahme jemandem Bedürfnigen hilft, ist allein keine ausreichende Rechtfertigung, wenn wir nicht bereit sind, Maßnahmen dieser Art allgemein zu empfehlen.

Diese Einstellung setzt uns natürlich leicht dem Vorwurf der Prinzipienreiterei aus. Das ist ein Vorwurf, durch den wir uns nicht einschüchtern lassen, sondern den wir vielmehr stolz hinnehmen sollten, denn Prinzipien sind der wichtigste Beitrag, den wir zur Frage der Politik leisten können. Es ist kein Zufall, daß in unserem Fach, häufiger als, glaube ich, in irgendeinem anderen, das Wort Grundsätze oder »Principles« so oft im Titel zusammenfassender Werke gebraucht wird. In der Wirtschaftspolitik sind Grundsätze ziemlich alles, was wir zu bieten haben.

Grundsätze sind besonders wichtig, wenn das letzte politische Ziel, das wir voraussetzen dürfen, die persönliche Freiheit ist. In einem großen Buch<sup>1</sup>, das noch nicht auf deutsch vorliegt, habe ich zu zeigen versucht, daß der letzte Grund, der die persönliche Freiheit so wichtig macht, unsere unvermeidliche Unkenntnis der meisten Umstände ist, die das Handeln anderer bestimmen, von dem wir nichtsdestoweniger Nutzen ziehen. Auch meinen letzten Vortrag hier in Freiburg habe ich dazu benutzt zu zeigen, wie sehr diese Freiheit gefährdet ist, wenn wir uns in unseren politischen Entscheidungen ausschließlich von den voraussehbaren Folgen der Einzelmaßnahmen leiten lassen, weil zwar die unmittelbaren Folgen, derenthalten ein Straßeneingriff unternommen wird, meist voraussehbar, die durch die Beschränkung der Freiheit verhinderten Entwicklungen ihrer Natur nach aber immer unbekannt sind. Ich will darum heute auf diese Fragen nicht weiter eingehen.

Ich möchte die verbleibenden Minuten lieber dazu gebrauchen, zwei

<sup>1</sup> Hayek, *The Constitution of Liberty*, London und Chicago 1960. (Deutsche Übersetzung: *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, wird als Band B 3 der Gesamleiten Schriften erscheinen, d. Hrg.)

Mißverständnissen vorzubeugen, die das bisher Gesagte verursachen könnte. Erstens möchte ich betonen, daß die unterschiedene Stellungnahme zu gewissen großen Prinzipienfragen, die mir für den akademischen Lehrer sowohl angemessen wie erwünscht scheinen, keineswegs bedeuten, daß er sich auch in den politischen Tagesfragen festlegen oder gar sich an eine politische Partei binden soll. Das scheint mir nicht nur unerwünscht, sondern sogar der eigentlichen Aufgabe des Hochschullehrers unzutraglich zu sein. Ich verstehe vollkommen das Bestreben, an der Lösung der dringenden Probleme der unmittelbaren Gegenwart mitzuarbeiten, und ich wäre wahrscheinlich, wenn mich die besonderen Umstände nicht davor bewahrt hätten, der Versuchung erlegen, einen großen Teil meiner Energie solchen Aufgaben zu widmen.

Wir haben schon in meiner Jugend in Österreich Spaßhaft gesagt, daß wir bessere Theoretiker seien als unsere Kollegen im Reich, weil man uns so wenig Einfluß aufs praktische Leben einräumte. Ich habe später denselben Gegensatz und die gleiche Wirkung bei den englischen und amerikanischen Nationalökomen wiedergefunden. Wenigstens in den dreißiger Jahren waren die Engländer zweifellos noch die besseren Theoretiker und nicht zuletzt, weil sie weniger unmittelbar an der Gestaltung der laufenden Politik beteiligt waren. Seither hat sich das freilich geändert, und ich weiß nicht, ob das dem Stand der wissenschaftlichen Nationalökonomie in England durchaus zuträglich war.

Wenn ich auf die letzten dreißig Jahre zurückblicke, so wird mir jedenfalls bewußt, wieviel ich dem Umstand verdanke, daß ich während des größeren Teils dieser Zeit in den Ländern, in denen ich wirkte, Ausländer war und mir daher eine aktive Stellungnahme zu den Fragen der Tagespolitik unangemessen schien. Wenn es mir gelungen ist, während dieser Zeit ein einigermaßen geschlossenes System wirtschaftspolitischer Ansichten zu entwickeln, so verdanke ich das nicht zuletzt dem Umstand, daß ich mich auf die Rolle des Beobachters beschränken konnte, nie fragen mußte, was im Augenblick politisch möglich war oder irgendeiner Gruppe, mit der ich verbunden war, nützen konnte. Das wird hier nicht anders sein.

Der zweite Punkt, an dem ich möglichen Mißverständnissen vorbeugen wollte, sind die Grenzen, die unserem theoretischen Wissen gezogen sind. Ich hoffe, niemand von Ihnen hat dies dahin mißverstanden, daß wir, wenn der Nutzen der Theorie so beschränkt ist, eben lieber Tatsachen vortragen sollen. Das war gewiß nicht meine Absicht. Es ist wohl Aufgabe des Hochschulunterrichts zu zeigen, wie man Tatsachen feststellt und interpretiert, aber Tatsachenkenntnis ist an sich noch nicht Wissenschaft, und die Tatsachenkenntnisse, die Sie einmal brauchen werden, um Ihre wissenschaftlichen Kenntnisse anzuwenden, werden Sie immer wieder »on the job« lernen müssen. Verständnis der Theorie muß der hauptsächlichste Gewinn sein, den Sie aus dem Hochschulstudium ziehen, und ist der einzige Gewinn, den Sie *nur* aus dem Hochschul-

studium ziehen können. Die Kenntnis der konkreten Umstände, auf die Sie sie anzuwenden haben werden, kommt immer noch rechtzeitig. Ich hoffe, es hat meine Tätigkeit als Lehrer nie ernstlich beeinträchtigt, daß ich aus den schon erwähnten Umständen oft über die besonderen Verhältnisse des Landes, in dem ich lehre, wesentlich weniger wußte als meine Studenten, und ich hoffe auch, es wird Sie nicht zu sehr enttäuschen, wenn Sie bald merken, daß das zunächst auch jetzt wieder der Fall sein wird.

Der wirkliche Konflikt, der heute im Studium der Nationalökonomie auftaucht – und ich spreche dabei nicht von Studienordnungen und Prüfungserfordernissen, über die ich auch noch nichts weiß, sondern über ideale Studienziele –, besteht nicht zwischen Tatsachenkenntnis und Verständnis der Theorie. Wenn es sich nur darum handelte, würde ich nicht zögern, Ihnen rückhaltlos zu empfehlen, die kostbaren Studienjahre einer engsten Spezialisierung in der Theorie zu widmen und es darauf ankommen zu lassen, die konkreten Tatsachen später in der Praxis zu lernen. Ja trotz der Einschränkungen, die ich gleich erwähnen muß, scheint mir das zumindest für einen Teil des Studiums wünschenswert. Nur wer eine Wissenschaft – und ich bin trotz aller Hochachtung für die Geschichte geneigt zu sagen: nur wer eine theoretische Wissenschaft wirklich gemeistert hat, weiß, was Wissenschaft ist. Eine solche wirkliche Beherrschung einer theoretischen Wissenschaft kann aber heute nur in einer Periode enger Spezialisierung auf ihre Probleme erworben werden.

Die Schwierigkeiten liegen anderswo. Es handelt sich darum, daß gerade zur Beantwortung jener großen Prinzipienfragen, über die wir einerseits am meisten zu sagen haben, doch andererseits die nationalökonomische Theorie allein nicht ausreicht. Ich habe bei einer anderen Gelegenheit einmal ausgesprochen, und es scheint mir wichtig genug, es heute zu wiederholen, daß *nur* ein Nationalökonom ist, auch kein guter Nationalökonom sein kann. Viel mehr als bei den Naturwissenschaften trifft es bei den Sozialwissenschaften zu, daß kaum ein konkretes Problem von einem der Spezialfächer allein beantwortet werden kann. Nicht nur Staatslehre und Jurisprudenz, Ethnologie und Psychologie und natürlich die Geschichte sind Fächer, mit denen der Nationalökonom viel besser vertraut sein sollte, als es für einen Menschen möglich ist. Vor allem aber berühren sich seine Probleme immer wieder mit jenen der Philosophie. Es ist gewiß kein Zufall, daß in dem Lande, das so lange auf dem Gebiet der Nationalökonomie führend war, England, fast alle großen Nationalökonomien auch Philosophen und, wenigstens in der Vergangenheit, alle großen Philosophen auch bedeutende Nationalökonomien waren. Unter den englischen Nationalökonomien gibt es freilich zwei wichtige Ausnahmen: Ricardo und Alfred Marshall. Aber ich weiß nicht, ob dieser Umstand nicht sogar gewisse Mängel dieser beiden Männer erklärt. Wenn ich sie aber übergehe und, um nur die wichtigsten Namen zu nennen, John Locke und David Hume,

Adam Smith und Jeremy Bentham, Mill Vater und Sohn, William Stanley Jevons und Henry Sidgwick und schließlich Keynes Vater und Sohn aufzähle, so wird diese Liste ebenso dem Philosophen als eine Liste bekannter Philosophen oder Logiker wie dem Nationalökonomien als eine Liste bekannter Nationalökonomien erscheinen.

Obwohl die Beispiele einer Kombination von Philosophie und Nationalökonomie, die ich in meinen Studienjahren in der deutschen Literatur kennenlernte, zunächst eher als Warnung dienten, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß sie höchst fruchtbar sein könnten – und ich glaube, daß dies nicht nur der oft belächelten Neigung des Alters zuzuschreiben ist, sich von der Fachwissenschaft in die Philosophie zu verlieren. Tatsächlich sind zum Beispiel wohl die meisten Probleme, die ich heute hier angeschnitten habe, sowohl nationalökonomische wie auch philosophische Probleme. Und während es zumindest zweifelhaft ist, ob es eine einheitliche empirische Wissenschaft von der Gesellschaft geben kann, werfen die Gesellschaftswissenschaften doch alle die gleichen philosophischen Probleme auf – oft Probleme, mit denen sich seit zweitausend Jahren Philosophen, aber kaum Fachwissenschaftler beschäftigt haben. Die Probleme der Formung unserer Kultur und ihrer Institutionen sind in letzter Linie eng verwandt mit den Problemen der Entwicklung unseres Denkens und seiner Werkzeuge. Der Nationalökonom kann zum Beispiel nur Gewinn ziehen, wenn er gelegentlich einen Blick in die Probleme der theoretischen Sprachwissenschaft tut, und die gemeinsamen Probleme, die er dabei entdeckt, sind in letzter Linie philosophische Probleme.

Ich sage das nicht nur, um im voraus gelegentliche Abschweflungen in philosophische Probleme, deren ich mich sicher schuldig machen werde, zu entschuldigen. Ich sage es auch, weil ich sehr hoffe, hier wieder jene allgemeine intellektuelle Neugierde und Abenteuerlust wiederzufinden, die mir von meinen Wiener Studienjahren erinnerlich ist, aber in Amerika zwar nicht völlig unbekannt, indessen sehr selten ist. Sosehr auch wirkliche Beherrschung eines Faches das erste Ziel des Studiums ist, so darf doch, gerade in den Sozialwissenschaften, die Ausbildung für ein Fach nicht der einzige Zweck sein. Für den, dem ihre Probleme wirklich wichtig sind, muß es zugleich der Beginn des Ringens um eine einheitliche Weltanschauung sein, ein Ringen, das nur dann erfolgreich sein kann, wenn ihm das Studium die Augen nicht nur für die Probleme seines engeren Faches geöffnet hat.

Es ist mir ein Bedürfnis, diese Dinge auszusprechen, bevor ich meine regelmäßige Lehrtätigkeit beginne. Ich bin mir aber auch bewußt, daß die Ablegung eines solchen Bekennnisses, bevor man die Atmosphäre der künftigen Tätigkeit genau kennt, gewisse Gefahren in sich birgt. Es ist eine der eigenartigen Erfahrungen, die man macht, wenn man von Land zu Land wandert, daß sich die geistigen Fronten, an denen sich die Auseinandersetzungen vollziehen, ändern.

Ich habe das zum erstenmal bei meiner Übersiedlung nach England auf meinem damaligen Spezialgebiet, der Konjunkturtheorie, gemerkt. In der deutschen Literatur galt ich damals als ausgesprochener Vertreter einer monetären Konjunkturtheorie, und mein Bestreben war tatsächlich, die Rolle der monetären Faktoren im Konjunkturverlauf hervorzuheben. In England fand ich jedoch, daß dort eine viel extremere Form einer rein monetären Konjunkturtheorie vorherrsche, die das Wesen der Konjunkturschwankungen ausschließlich in den Bewegungen des Preisniveaus sah. Die Folge war, daß ich meine Argumentation sehr bald gegen die vorherrschende Art monetärer Konjunkturtheorien richtere und die Bedeutung der realen Faktoren hervorhob, obwohl ich vorher als typischer Vertreter monetärer Theorien gegolten hatte.

Etwas Ähnliches erlebte ich auf philosophischen Gebiet. In Wien war ich dem logischen Positivismus des Wiener Kreises zumindest nahegestanden, wenn ich auch seine Anwendungen auf die Sozialwissenschaften nicht annehmen konnte. In England und später in Amerika fand ich mich bald genötigt, vielmehr gegen die extremen Formen des Empirismus Stellung zu nehmen, die ich dort vorfand. Es würde mich heute nicht mehr wundern, wenn längere Vertrautheit mit dem derzeitigen Stand des deutschen Geisteslebens mich wieder zu einem solchen Frontwechsel zwingen und mir zum Beispiel eine solche Bedeutung der Theorie, wie sie mir heute notwendig erscheint, unangemessen scheinen sollte. Mein Eindruck ist aber, daß sich gegenwärtig amerikanische Moden so schnell verbreiten, daß das, was ich sagen wollte, nicht ganz falsch am Platz ist. Aber für den Fall, daß ich mich in der Betonung vergriffen haben sollte, wollte ich zum Schluß doch auch diese Schwierigkeit des nach langer Abwesenheit in ein einst vertrautes Milieu Heimkehrenden erwähnen.

### Marktwirtschaft oder Syndikalismus?\*

Der Ausdruck »Syndikalismus«, den unsere Tagesordnung mir Recht in Gegensatz zur Marktwirtschaft stellt, bezeichnet ursprünglich eine Gesellschaftsordnung, die von einer Spielart des Sozialismus bewußt angestrebt wurde. Als ein solches angestrebtes Ideal ist der Syndikalismus praktisch verschwunden, da selbst seine einstigen Befürworter einsehen mußten, daß ohne die regelnde Kraft des Marktes eine solche Beherrschung der einzelnen Sparten der Wirtschaft durch organisierte Interessengruppen keine lebensfähige Ordnung hervorbringen kann. Das Thema ist nichtsdestoweniger höchst aktuell, weil in vielen Teilen der Welt die vermeintlich kapitalistische Wirtschaftsordnung, ohne daß dies jemand bewußt anstrebt, sich in bedenklicher Weise dieser von ihren einstigen Befürwortern verworfenen Vorstellung annähert. Es ist dies eine Entwicklung, deren einzelne Schritte dem Realisten und Praktiker unvermeidbar scheinen und die auch der Theoretiker als die notwendige Folge von gewissen grundsätzlichen Mängeln der vorherrschenden politischen Ordnung erkennen muß, deren Korrektur zunächst außerhalb des Bereiches der politischen Möglichkeiten zu liegen scheint. Die vorherrschende Meinung ist wohl, daß wir diese Tendenzen als unabänderlich hinnehmen müssen und nur versuchen können, sie in geregelte Bahnen zu lenken. Immer wieder tauchen seit mindestens fünfzig Jahren Vorschläge auf, jene Para-Regierungen durch Koalitionen organisierter Interessen, die sich überall herausgebildet haben, anzuerkennen und in Wirtschaftsparlamenten oder sonstigen ständigen oder korporativen Einrichtungen zu institutionalisieren. Jede solche gesetzliche Verankerung von etwas, was gewiß schon in einem gewissen Maße besteht, schiene mir jedoch ein verhängnisvoller Schritt, der uns nur noch tiefer in eine Sackgasse führen würde, in der wir schließlich zu viel radikalere Lösungen gezwungen würden, mit denen viele der wirklichen Errungenschaften der Freiheit und der Demokratie zu Falle kommen würden.

Es scheint mir darum nicht zu früh, die Wurzeln dieser Tendenz ans Licht zu ziehen, die zwar wohl kurzfristig als unabänderliche Gegebenheiten er-

\* Vortrag, gehalten vor dem Wirtschaftstag der CDU/CSU vom 26./27. Juni 1969, Bonn.

scheinen, aber rechtzeitig erkannt werden müssen, wenn wir nicht von einer Entwicklung, die wir nicht gewollt haben, überwältigt werden wollen.

Ich sollte hier vielleicht einfügen, daß ich zu Ihnen nicht nur *sehr* als Theoretiker, sondern auch als Ausländer spreche, der auch nach einigen Jahren an einer deutschen Hochschule mit der Realität der deutschen Politik nur wenig vertraut ist. Wovon ich sprechen will, sind Tendenzen, von denen ich glaube, daß sie *nach* in der Bundesrepublik am Werke sind, aber die ich vor allem als gemeinsame Tendenzen in allen westlichen Demokratien sehen lerne. Wenn ich trotzdem gerne die Gelegenheit ergreife, die folgenden Überlegungen vor Ihnen auszubreiten, so hauptsächlich, weil ich das Gefühl habe, daß gewisse meist unkritisch hingenommene Dogmen hier noch nicht so erstarbt sind, daß man nicht zu ihrer Überprüfung auffordern dürfte. Wie die konkrete Lösung der Probleme, die ich aufwerfen will, ausschaun wird, kann heute niemand wissen – und ich will mich hier nicht weiter als notwendig in die utopischen Verfassungskonstruktionen vorwagen, mit denen ich manchmal spiele. Aber ein Verständnis der Richtung, in der wir die Lösung suchen müssen, mag doch die Aussichten vergrößern, daß wir am Weg dahin weniger verhängnisvolle Fehler machen und das Ziel früher erreichen werden.

Nach dieser Warnung, die die Veranstalter dieser Tagung aller Verantwortung für etwaige Entgleisungen entheben soll, die mir passieren sollten, darf ich wohl sagen, daß mir die Wurzeln der erwähnten Entwicklung in einer heute vorherrschenden Interpretation des Ideals der Demokratie zu liegen scheinen, die ganz zu Unrecht als die echte oder einzig mögliche Form der Demokratie angesehen wird. Nach dieser Auffassung wird die Demokratie heute sogar manchmal ausdrücklich als eine Staatsform definiert, in der die Macht der Majorität der gewählten Volksvertreter – vielleicht abgesehen vom Schutz einiger aufgezählter Grundrechte – keinerlei Beschränkungen unterliegt.

Ich glaube zwar auch, daß alle Macht vom Volke ausgehen soll, aber ich glaube nicht, daß das bedeuten muß, daß diese Macht unbeschränkt sein muß, ja es scheint mir, daß gerade diese theoretisch unbeschränkte legitime Macht die Volksvertreter einem Druck aussetzt, dem sie nicht widerstehen können. Wirksame Begrenzungen der Gesetzgebung durch die Verfassung hat es freilich auch in der Vergangenheit kaum gegeben. Aber sie war früher beschränkt durch einen weit verbreiteten Glauben an die Prinzipien des materiellen Rechtsstaates, die gezielte Eingriffe in das Marktgeschehen zugunsten irgendwie bedrohter Gruppen ausschlossen. Die Entwicklung der Macht der organisierten Interessenvertretungen ist ein Produkt des Interventionismus, unter dem der Gesetzgeber die Lage bestimmter Gruppen bestimmen kann, und es dann nur natürlich ist, daß diese Gruppen ihre Unterstützung davon abhängig machen, daß sie bevorzugt behandelt werden.

Was die Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer deutlicher gezeigt hat,

was aber immer noch nicht voll verstanden wird, ist die scheinbar paradoxe Tatsache, daß je größer die rechtlichen Vollmachten sind, die die höchste Behörde des Staates besitzt, desto größer ihre tatsächliche Ohnmacht ist. Der Grund ist sehr einfach: Eine repräsentative Körperschaft, die legal Sonderinteressen begünstigen darf, muß es auch tun. Keine Partei kann sich in einem solchen System auf die Dauer am Ruder erhalten, die nicht bereit ist, sich die Unterstützung der Interessengruppen durch gezielte Maßnahmen zu deren Gunsten zu erkaufen. Echte Übereinstimmung einer Mehrheit gibt es nur über Prinzipienfragen, die alle betreffen. In einem Zuteilungsstaat kann sich die Mehrheit nur als eine Koalition organisierter Interessen bilden.

Wir haben diese Entwicklung gefördert, indem wir der Gerechtigkeit und sogar dem Rechtsstaat das Mäntelchen »sozial« umgehängt und damit den Gesetzgeber eingeladen haben, jeder Interessengruppe das zuzuteilen, von dem sie glaubt, daß es ihr zukommt. Dies ist eine Macht, von der der Gesetzgeber, wenn er sie hat und Gesetzgeber bleiben will, Gebrauch machen *muß*. Umgekehrt können wir den Gesetzgeber von diesem unwiderrstehlichen Druck nur befreien, wenn wir ihm die Macht nehmen, solche Ansprüche zu befriedigen. Der Weg, auf dem ein Gesetzgeber, der prinzipiell die Macht hat, die Einkommensverteilung zu bestimmen, regelmäßig dazu genötigt wird, diese Macht zu gebrauchen, ist der über die Hilfe für Gruppen, die ohne seinen speziellen Schutz zu einem relativen Abstieg verurteilt wären. Die Forderung einer solchen Gruppe, die ohne ihr Verschulden in ihrer Position in der Einkommensstruktur der ganzen Gesellschaft bedroht ist, ist der praktisch wichtigste Fall, in der die Vorstellung von einer »sozialen Gerechtigkeit« heute den Gesetzgeber zwingt, in das Marktgeschehen einzugreifen. Aber alle Forderungen nach »Parität« oder nach gleichen Anteilen am allgemeinen Fortschritt sind Forderungen nach Erhaltung einer überkommenen Einkommensstruktur und damit nach Außerkräftsetzen des Marktmechanismus. Und da, wenn keine Gruppe relativ absteigen soll, auch keine Gruppe relativ aufsteigen darf, muß der Staat die Beherrschung der ganzen Einkommensverteilung übernehmen. Unter dem Schlagwort der Einkommenspolitik wird er in einen Zuteilungsstaat verwandelt, – in dem freilich nur die, die wirksam organisiert sind, auf Berücksichtigung rechnen dürfen.

Aber nicht nur können nicht alle Interessen organisiert werden – ein wichtiger, aber selten verstandener Umstand, auf den ich nicht weiter eingehen kann, obwohl er allein dazu führen muß, daß ein solches System im Ergebnis größtes Unrecht produziert. Noch bedeutsamer ist der Umstand, daß organisierte Interessen notwendig immer die Interessen der schon in einer bestimmten Tätigkeit Erarbeiteten sind und deshalb die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung allerwichtigsten Interessen, nämlich die jener, die ihren Platz wechseln und in ein neues Tätigkeitsgebiet eintreten wollen, systematisch ver-

nachlässigt werden. Eine politische Bestimmung der Einkommensstruktur muß deshalb zu einer Erstarrung der ganzen Wirtschaftsstruktur und ihrer Unfähigkeit zur Anpassung an Änderungen der Umstände führen.

Dem modernen Staat stehen viele andere Methoden zur Verfügung, um mit den ihm anvertrauten materiellen Mitteln ernstlich bedrohten Gruppen vorübergehend zu helfen. Dazu braucht er nicht in der Lage zu sein, die allgemeinen Spielregeln zugunsten einzelner Gruppen abzuändern oder solchen Regeln zu erlauben, intern besondere, das Spiel des Marktes behindernde Regeln zu erzwingen. Was wieder tabu werden muß, wenn wir verhindern wollen, daß der Staat gezwungen wird, immer mehr großen Gruppen ihr Einkommen zu garantieren, ist, daß er zu diesem Zweck Modifikationen des für alle gleich geltenden Rechts vornimmt und für einzelne Gruppen Sonderrechte schafft.

Der Weg über solche Interventionen im Markt ist deshalb so viel beliebter, weil man auf diese Weise die Lasten, die den übrigen aufgelegt werden, um einzelnen Gruppen zu helfen, viel besser verschleiern kann. Gerade darum müssen wir aber den Weg über eine Manipulierung des Marktes verschließen, wenn wir die Hilfeleistung für einzelne Gruppen auf jene Fälle beschränken wollen, in denen die Staatsbürger bereit sind, Opfer zu bringen, die sie abschätzen können, und wenn der der Kontrolle des Staates unterstellte Sektor des Lebens auf die Verwaltung der ihm anvertrauten Mittel beschränkt bleiben soll.

Vor allem aber wird nur dann nicht die ganze Hierarchie der Einkommensstruktur zum Politikum, wenn der Staat in einer Hilfeleistung auf den beschränkten Betrag der Steuermittel begrenzt bleibt. Ich will keinen Augenblick anzweifeln, daß es in einem wohlhabenden Land Pflicht aller derer, denen es gut geht, ist, dafür zu sorgen, daß niemand unter einen gewissen Minimalstandard herabsinken muß. Aber während eine solche Vorsorge für die Ärmsten aus Steuermitteln ihrer Natur nach begrenzt ist, macht jeder Versuch einer Korrektur der Einkommensverteilung durch den Markt die gesamte Einkommensstruktur zu einem Politikum und nötigt jede Gruppe, politische Macht einzusetzen, um ihr Einkommen zu sichern. Auch ist die Art der Gewalt, die der Staat zu diesem Zweck einsetzen muß, eine ganz andere als jene, die er braucht, um bloß Dienstleistungen zu organisieren. Letzteres erfordert nur Regeln über die Organisation des Regierungsapparates, durch die der einzelne über den Beitrag, den er zu ihrer Erhaltung beizutragen hat, in seiner Freiheit nicht beschränkt wird. Erstere verlangen, daß die allgemeinen Spielregeln, auf denen die spontane Ordnung des Marktes beruht, zugunsten dieser oder jener Gruppe suspendiert werden oder einzelnen Gruppen erlaubt wird, besondere Spielregeln zu erzwingen. Nicht-Intervention im Marktgeschehen ist in diesem Sinn nichts anderes als Einhaltung der alten Grundsätze des materiellen Rechtsstaates, während alle Intervention darauf beruht, daß auf verschiedene Gruppen verschiedene Regeln angewendet wer-

den. Und die Wiedererrichtung jeder Schranke wird heute so besonders dringend, weil wir nur so verhüten können, daß die gesamte Politik immer mehr von organisierten Interessen beherrscht wird – und nur so erreichen können, daß die Energie des Staates wieder für die Aufgaben frei wird, die wirklich im allgemeinen Interesse liegen.

Lassen Sie mich wiederholen: In der Demokratie ist ein Staat mit prinzipiell unbeschränkter Gewalt notwendig ein schwacher Staat, abhängig von den Forderungen von Interessengruppen, die gestellt werden, weil er sie befriedigen kann, und die die Regierung befriedigen muß, wenn sie sich eine regierungsfähige Majorität erhalten will. Ein solcher Staat wird bald ein funktionsunfähiger Staat, der sich die Zustimmung auch zu den wichtigsten Maßnahmen durch Zugeständnisse an Interessengruppen erkaufen muß. Wenn diese Entwicklung einmal weit genug vorgeschritten ist, gibt es nur mehr die Wahl, entweder die Macht des Staates grundsätzlich zu beschränken oder die Demokratie aufzugeben. Die Erhaltung der Demokratie verlangt daher eine rechtzeitige Beschränkung ihrer Macht – natürlich nicht dadurch, daß eine andere Gewalt über sie gestellt wird, sondern dadurch, daß sie sich selbst auf gewisse Prinzipien festlegt. Diese Beschränkung liegt darin, daß sich die Gesetzgebung in der Autorisierung der Ausübung von Zwang auf die Durchsetzung der für alle gleichen Regeln des Rechtes beschränkt und sich damit die Möglichkeit nimmt, die Einkommensverteilung durch Manipulierung des Marktes zu bestimmen.

Ich weiß, daß mir sofort das Wort vom »Nachtwächterstaat« entgegengeworfen werden wird. Ja, soweit die Zwangsgewalt des Staates in Frage steht, brauchen wir jene Beschränkung seiner Gewalt auf die Erhaltung von Recht und Ordnung, die jenes Schlagwort lächerlich machen sollte. Zwang darf der Staat nur nach dem Recht ausüben, und dieses Recht darf nicht einmal zugunsten der Bedürftigen gebeugt werden. Das braucht nicht zu hindern, daß wir demselben Staat zwar keine Zwangsgewalt, aber die erforderlichen materiellen Mittel zur Verfügung stellen, um uns vielerlei Dienste zu leisten, die der Markt nicht bieten kann – nicht zuletzt eine gleiche Sicherung aller gegen extreme Not und Entbehrung. Gewiß wollen wir auch die Verwaltung aller dieser Dienste demokratisch geführt sehen, aber das braucht nicht einen souveränen Gesetzgeber, der sich für seine besonderen Zwecke das Recht schaffen kann, das er braucht, sondern eine demokratische Körperschaft, die ebenso *unter* dem allgemeinen Recht steht wie der allgemeine Bürger – und wie alle jene politischen Selbstverwaltungskörperschaften, die ja seit jeher einen so großen Teil jener Dienstleistungen besorgen. Unsere heutigen Probleme scheinen mir in hohem Maße dadurch entstanden zu sein, daß wir die Organisation dieser Dienstleistungen immer mehr der souveränen Gesetzgebung übertragen haben und diese nun die Aufgaben der Festlegung allgemeiner Rechtsregeln und der Leistung für bestimmte Gruppen nicht mehr auseinanderhält.

Eine dauernde Unterbindung dieser heute in allen westlichen Demokratien bestehenden Tendenzen scheint mir nur möglich, wenn wir die beiden ganz verschiedenen Funktionen, die gegenwärtig in der Macht derselben gesetzgebenden Körperschaften liegen und in ihrer Ausübung ständig vermischt werden, trennen und in die Hände verschiedener, gleichermaßen demokratischer Repräsentativversammlungen legen. Von diesen dürfte nur die erstere jene allgemein verpflichtenden Regeln des gerechten Verhaltens festlegen, auf Grund derer allein gegenüber dem Staatsbürger Zwang angewendet werden darf, und sie dürfte nur solche allgemeinen Gesetze erlassen – d. h. ihre Beschlüsse hätten nur insofern bindende Kraft, als sie sich auf Regeln festlegt, die für eine unbestimmte Zahl künftiger Fälle gelten. Daneben würde eine zweite, mit der Aufsicht über die eigentlichen Regierungsgeschäfte, d. h. mit der Verwaltung der Regierung anvertrauten materiellen Mittel beauftragte Versammlung bestehen, die selbst unter dem von der ersten geschaffenen Recht stünde und nur über die Verwendung der ihr anvertrauten Mittel verfügen, aber keine Zwangsmaßnahmen gegen private Staatsbürger anordnen könnte. So allein scheint mir eine wirkliche Verankerung der eigentlichen Prinzipien des Rechtsstaates in einer Verfassung möglich – eine Verankerung, die die Funktion zu erfüllen hätte, die in den erfolgreichen Demokratien so lange das Vorurteil gegen Interventionen zugunsten einzelner Gruppen erfüllt und sie damit eine Zeitlang davor beschützt hat, unter die Herrschaft von Koalitionen organisierter Interessen zu fallen.

So eine grundsätzliche Änderung der Verfassungsstruktur, die auf lange Sicht sicher notwendig ist, wenn wir den Verfall der Demokratie verhindern wollen, ist aber natürlich Zukunftsmusik. Ich bin überzeugt, daß die Notwendigkeit einer solchen Änderung in nicht zu ferner Zukunft allgemein erkannt werden wird. Bis es uns aber gelingt, eine solche verfassungsmäßige Barriere gegen die Entartung der Demokratie zu schaffen, können wir uns nur bemühen, das Ideal wieder lebendig zu machen, das dem alten Rechtsstaat zugrunde lag. Diskriminierende Gesetzgebung, echte Eingriffe unter Verwendung der Zwangsgewalt des Staates dürfen nicht als »soziale Tat« geipiesen, sondern müssen als Unrecht gebrandmarkt werden, auch dann, wenn sie zugunsten wirklich bedrängter Gruppen gemeint sind. Hilfe, wo sie notwendig ist, muß außerhalb des Marktes gebracht werden. Wenn wir diesem Prinzip wieder zur Anerkennung verhelfen, werden wir damit auch die wichtigste Wurzel der Macht der Interessentenorganisationen beseitigen.

Zu Fragen der Konjunktur- und  
Beschäftigungspolitik

Walter Eucken Institut  
Freiburg im Breisgau

Friedrich A. von Hayek

# Gesammelte Schriften in deutscher Sprache

herausgegeben von

Alfred Bösch, Manfred E. Streit,  
Viktor Vanberg, Reinhold Veit

mit Unterstützung ~~von~~ *durch die*

Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft

*und* *19 und das*

Walter Eucken Institut

Abteilung A: Aufsätze

Band 6

Mohr Siebeck

Walter Eucken Institut  
Freiburg im Breisgau

Friedrich A. von Hayek

# Wirtschaft, Wissenschaft und Politik

Aufsätze zur Wirtschaftspolitik

Herausgegeben von Viktor Vanberg

Mohr Siebeck

Redaktion: Wendula Gräfin v. Klinckowstroem im Walter Eucken Institut

## Inhalt

Abgekürzt zitierte Sammlungen ..... VII

### Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik

|   |     |
|---|-----|
| 1. Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik (1953) .....  | 3   |
| 2. Strukturpolitik und Wettbewerbswirtschaft (1959) .....   | 15  |
| 3. Gewerkschaften, Inflation und Gewinne (1959) .....   | 30  |
| 4. Die Aktiengesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft:<br>In wessen Interesse sollte sie und wird sie geführt werden? (1960) ... | 46  |
| 5. Der Trugschluß des »Abhängigkeitseffekts« (1961) .....   | 60  |
| 6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (1962) .....  | 65  |
| 7. Marktwirtschaft oder Syndikalismus? (1969) .....   | 83  |
| <br>  |     |
| <b>Zu Fragen der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik</b>  |     |
| 8. Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation (1950) .....   | 91  |
| 9. Inflation als Folge der Lohnstarrheit nach unten (1958) .....  | 101 |
| 10. Alte Wahrheiten und neue Irrtümer (1963) .....  | 106 |
| 11. Der Feldzug gegen die keynesianische Inflation (1978) .....   | 121 |
| 12. Der Strom der Güter und Leistungen (1984) .....   | 161 |

#### *Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Hayek, Friedrich A. / von*

Gesammelte Schriften in deutscher Sprache / Friedrich A. von Hayek. – Tübingen :  
Mohr Siebeck

Bd. A 6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik : Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. –  
2001  
ISBN 3-16-147460-0

© 2001 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchhandlung Heiner Koch in Tübingen gebunden. Umschlagentwurf von Uli Gleis in Tübingen.

## Wirtschaftspolitische Einzelfragen

|   |     |
|---|-----|
| 13. Das Mieterschutzproblem (1928) .....                                | 181 |
| 14. Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen (1930) .....                   | 208 |
| 15. Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft (1947) ..... | 224 |
| 16. Die Ökonomie der Erschließungsgebühren (1949) .....                 | 240 |
| 17. Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression (1952) .....              | 259 |
| Bibliographisches Nachwort .....  | 269 |
| Namenregister .....   | 273 |
| Sachregister .....  | 275 |

## Abgekürzt zitierte Sammlungen

- Hayek, *Schriften* A 1 ff. bzw. B 1 ff., 2001 ff.  
 F. A. von Hayek, *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, hrsg. von Alfred Boscch, Manfred E. Streit, Viktor Yanberg und Reinhold Veit, Tübingen 2001 ff.
- Hayek, *Works* I ff., 1988 ff.  
 F. A. Hayek, *The Collected Works of F. A. Hayek*, edited by W. W. Bartley III et al., Chicago und London 1988 ff.
- Hayek, *Profits*, 1939  
 F. A. Hayek, *Profits, Interest and Investment: and Other Essays on The Theory of Industrial Fluctuations*. London 1939. – Reprinted: New York 1969, 1970; Clifton, NJ 1975.
- Hayek, *Individualism*, 1948  
 Friedrich August Hayek, *Individualism and economic order*. Chicago 1948. – Gateway edition: Chicago 1972. – Midway reprint: Chicago [?] 1980.
- Hayek, *Individualismus*, 1952  
 Friedrich August Hayek, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* [Originaltitel: *Individualism and economic order*], übersetzt von [Helen] Hayek, Erlenbach-Zürich 1952. – 2., erweiterte Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1952 mit einem bibliographischen Anhang von Kurt R. Leube. Salzburg 1976.
- Hayek, *Studies*, 1967  
 Friedrich A. von Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, Chicago 1967.
- Hayek, *Freiburger Studien*, 1969  
 F. A. von Hayek, *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969. – 2. Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1969, Tübingen 1994.

Walter Eucken Institut  
Freiburg im Breisgau

Friedrich A. von Hayek

# Gesammelte Schriften in deutscher Sprache

herausgegeben von

Alfred Bösch, Manfred E. Streit,  
Viktor Vanberg, Reinhold Veit

mit Unterstützung ~~von~~ *durch die*

Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft  
*und* *19 und das*

Walter Eucken Institut

Abteilung A: Aufsätze

Band 6

Mohr Siebeck

Walter Eucken Institut  
Freiburg im Breisgau

Friedrich A. von Hayek

# Wirtschaft, Wissenschaft und Politik

Aufsätze zur Wirtschaftspolitik

Herausgegeben von Viktor Vanberg

Mohr Siebeck

Redaktion: Wendula Gräfin v. Klinckowstroem im Walter Eucken Institut

## Inhalt

Abgekürzt zitierte Sammlungen ..... VII

### Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik

|   |     |
|---|-----|
| 1. Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik (1953) .....  | 3   |
| 2. Strukturpolitik und Wettbewerbswirtschaft (1959) .....   | 15  |
| 3. Gewerkschaften, Inflation und Gewinne (1959) .....   | 30  |
| 4. Die Aktiengesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft:<br>In wessen Interesse sollte sie und wird sie geführt werden? (1960) ... | 46  |
| 5. Der Trugschluß des »Abhängigkeitseffekts« (1961) .....   | 60  |
| 6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik (1962) .....  | 65  |
| 7. Marktwirtschaft oder Syndikalismus? (1969) .....   | 83  |
| <b>Zu Fragen der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik</b>  |     |
| 8. Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation (1950) .....   | 91  |
| 9. Inflation als Folge der Lohnstarrheit nach unten (1958) .....  | 101 |
| 10. Alte Wahrheiten und neue Irrtümer (1963) .....  | 106 |
| 11. Der Feldzug gegen die keynesianische Inflation (1978) .....   | 121 |
| 12. Der Strom der Güter und Leistungen (1984) .....   | 161 |

#### *Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Hayek, Friedrich A. / von*

Gesammelte Schriften in deutscher Sprache / Friedrich A. von Hayek. – Tübingen :  
Mohr Siebeck

Bd. A 6. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik : Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. –  
2001  
ISBN 3-16-147460-0

© 2001 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchhandlung Heiner Koch in Tübingen gebunden. Umschlagentwurf von Uli Gleis in Tübingen.

## Wirtschaftspolitische Einzelfragen

|   |     |
|---|-----|
| 13. Das Mieterschutzproblem (1928) .....                                | 181 |
| 14. Wirkungen der Mietzinsbeschränkungen (1930) .....                   | 208 |
| 15. Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft (1947) ..... | 224 |
| 16. Die Ökonomie der Erschließungsgebühren (1949) .....                 | 240 |
| 17. Die Ungerechtigkeit der Steuerprogression (1952) .....              | 259 |
| Bibliographisches Nachwort .....  | 269 |
| Namenregister .....   | 273 |
| Sachregister .....  | 275 |

## Abgekürzt zitierte Sammlungen

- Hayek, *Schriften* A 1 ff. bzw. B 1 ff., 2001 ff.  
 F. A. von Hayek, *Gesammelte Schriften in deutscher Sprache*, hrsg. von Alfred Boscch, Manfred E. Streit, Viktor Yanberg und Reinhold Veit, Tübingen 2001 ff.
- Hayek, *Works* I ff., 1988 ff.  
 F. A. Hayek, *The Collected Works of F. A. Hayek*, edited by W. W. Bartley III et al., Chicago und London 1988 ff.
- Hayek, *Profits*, 1939  
 F. A. Hayek, *Profits, Interest and Investment: and Other Essays on The Theory of Industrial Fluctuations*. London 1939. – Reprinted: New York 1969, 1970; Clifton, NJ 1975.
- Hayek, *Individualism*, 1948  
 Friedrich August Hayek, *Individualism and economic order*, Chicago 1948. – Gateway edition: Chicago 1972. – Midway reprint: Chicago [?] 1980.
- Hayek, *Individualismus*, 1952  
 Friedrich August Hayek, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung* [Originaltitel: *Individualism and economic order*], übersetzt von [Helen] Hayek, Erlenbach-Zürich 1952. – 2., erweiterte Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1952 mit einem bibliographischen Anhang von Kurt R. Leube. Salzburg 1976.
- Hayek, *Studies*, 1967  
 Friedrich A. von Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, Chicago 1967.
- Hayek, *Freiburger Studien*, 1969  
 F. A. von Hayek, *Freiburger Studien: Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969. – 2. Aufl., fotomechanischer Nachdruck der 1. Aufl. 1969, Tübingen 1994.